

Erst der Sturz des Kapitalismus kann Gerechtigkeit für George Floyd bringen

Die Massenproteste, die seit der Ermordung George Floyds am 26. Mai die USA erschüttern, gehen trotz massiver polizeilicher Gewalt, dem Einsatz der Nationalgarde und Präsident Donald Trumps Drohung mit dem Einsatz regulärer Truppen weiter. Der Mord an George Floyd war der eine Akt von Polizeiterror zu viel, der das Fass der Empörung (nicht nur) der schwarzen Bevölkerung in zahlreichen Orten in den USA zum Überlaufen brachte. Polizeigewalt gehört zum Alltag in der militärisch stärksten Metropole des Imperialismus – und überproportional trifft sie Schwarze, Latinos und Menschen asiatischer Herkunft. Oft ist sie völlig grundlos – im Rahmen von Aktionen, die ausschließlich der Einschüchterung potenziell aufrührerischer, weil armer, Bevölkerungsschichten dienen; oft ist sie die Antwort auf Proteste gegen genau diese Polizeigewalt; immer öfter richtet sie sich gegen Streikende.

Alleine in Minneapolis, wo Floyd ermordet wurde, tötete die Polizei seit dem Jahr 2000 31 Menschen. 21 davon waren schwarz. Als im November 2015 der unbewaffnete 24-jährige Jamar Clark in Minneapolis, der von Cops festgenommen und gefesselt worden war, durch einen Kopfschuss getötet wurde, kam es nicht nur zu Protesten, sondern auch zu faschistischen Attacken auf Demonstranten gegen die Polizeigewalt. Altright-Faschisten und Klan-Männer griffen unter den Augen der Polizei ein Protestcamp vor dem 4. Revier der Minneapolis Police an und verletzen fünf schwarze Demonstranten durch Schüsse.

Damals wie heute sind aktive Gewerkschaftsmitglieder in vorderster Front an den Protesten beteiligt: Locals (Gewerkschaftsgruppen) der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU, der Krankenschwestern, der LKW-Fahrer*innen, der Hafentarbeiter*innen, der Elektrizitätsarbeiter*innen stehen dem massiven Aufgebot an schwerbewaffneten Unterdrückungskräften gegenüber.

Aber die US-amerikanischen Gewerkschaften sind durchaus zwiespältig. Zwar gibt es keine genauen Informationen, warum am Sonntag, 31. Mai, in der Hauptstadt Washington versucht wurde, das Hauptquartier des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO in Brand zu stecken. Das Graffiti „Black Lives Matter“ könnte ein Hinweis darauf sein, dass im Dachverband auch mehr als 100.000 Polizisten im Rahmen der International Union of Police Associations (IUAP) organisiert sind. Laut Presseberichten wurden zwischen 2007 und 2017 rund 450 von 1.800 wegen Fehlverhaltens gefeuerten Cops auf Gewerkschaftsintervention wieder eingestellt.

Nein, Polizist*innen sind keine „Arbeiter*innen in Uniform“, wie einige „Linke“ glauben. Es sind auch nicht einzelne „weiße“ Schafe, die aus Rassenhass mit Brachialgewalt auf Farbige losgehen. Das ist die Argumentationslinie der amerikanischen Liberalen und der Demokratischen Partei die in Bundesstaaten und Städten, in denen sie Verwaltungsposten vergeben können, immer wieder Frauen, Schwarze, Latinos oder Homosexuelle an die Spitze der Polizeikräfte setzen, um zu zeigen, wie „gleichberechtigt“ Farbige doch wären. Am Polizeiterror ändert das nichts, weil der Rassismus kein individuelles, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem ist.

Schwarze und andere ethnische Minderheiten stellen das

Gros der amerikanischen Arbeiter*innenklasse und damit auch der Arbeitslosen und der prekär Beschäftigten im sogenannten „informellen Sektor“; sie verdienen weniger als ihre weißen Kolleg*innen, sie haben noch weniger Zugang zum Gesundheitswesen, sie hausen oft unter menschenunwürdigen Zuständen, werden vom Bildungssystem ausgeschlossen und werden überproportional oft gerichtlich verurteilt und eingesperrt.

In der Coronakrise waren sie besonders betroffen, hatten deutlich höhere Infektionszahlen auf Grund der schlechten Lebensbedingungen und eine dementsprechend höhere Sterblichkeit.

Die derzeitigen Proteste zeigen, dass die bewußtesten Schichten der weißen Werktätigen trotz der Jahrhunderte währenden Spaltungspolitik der herrschenden Klasse solidarisch an der Seite ihrer farbigen Brüder und Schwestern stehen.

Sie begreifen, dass die Orgie der staatlichen Gewalt, die von Trump befeuert wird, Ausdruck des Klassenkampfes reich gegen arm ist.

Spaltung, Unterdrückung, Polizeiübergriffe, Staatsrassismus sind kein Alleinstellungsmerkmal der USA. Auch wir in Österreich sind damit konfrontiert. Auch bei uns hat die Coronakrise besonders die „migrantischen“ Kolleg*innen getroffen: durch Falschinformationen der Behörden bezüglich der Ausgangsbeschränkungen, durch Kurzarbeit und Entlassungen in Branchen, die besonders schlecht bezahlt sind (Baugewerbe, Gastronomie), durch die Belastung durch das „Home schooling“ für Nicht-Muttersprachler*innen. Darüber hinaus befinden sich Migrant*innen und Geflüchtete permanent im Visier der Polizei. Die österreichische Abschiebepolitik mit ihren gewalttätigen Methoden, die bis zum Tod von Festgenommenen (Marcus Omofuma) geht, das Zerreißen von Familien durch Ausweisungen, Misshandlungen und Folter (wie im Fall Bakary J.).

Das Spalten der arbeitenden Bevölkerung, das Anheizen von nationalistischen, fremdenfeindlichen Stimmungen gehört zum klassischen Instrumentarium der ausbeutenden Klassen. Aus diesem Grund müssen wir mit den Opfern rassistischer Polizeigewalt solidarisch sein und zugleich unterstreichen:

Hier geht es nicht um individuelles Fehlverhalten – Rassismus und unterdrückerische Gewalt sind logische Auswirkungen



einer Gesellschaft, in der eine Klasse die andere ausbeutet; in der diese besitzende Klasse einen Repressionsapparat zur Verfügung hat, um der Mehrheit der Bevölkerung ihren Willen notfalls mit offener Gewalt aufzuzwingen.

Während hierzulande die politische Vertretung der herrschenden Klasse, die Kurz-Kogler-Regierung, die „Bekämpfung der Pandemie“ genützt hat, um den Ausnahmezustand zu üben und demokratische Grundrechte einzuschränken, sind die Klassenauseinandersetzungen in der USA viel weiter gediehen und Trump droht kaum verhüllt mit der Militärdiktatur.

Internationale Solidarität bedeutet heute, den Kampf gegen den Feind im eigenen Land zu organisieren, gegen die eigene herrschende Klasse. „Gerechtigkeit für Floyd“ und „Gerechtigkeit für Omofuma“ kann es erst geben, wenn wir das Gesellschaftssystem, das solche Verbrechen zwingend hervorbringt – den Kapitalismus – durch eine Revolution beseitigen, die mit der sozialen Ungleichheit aufräumt.

Dafür brauchen wir eine internationalistische revolutionäre Partei, in der Arbeiter*innen und Jugendliche unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft gemeinsam für den Sozialismus kämpfen.



Die Gruppe KLASSENKAMPF - Für Rätemacht und Revolution!



Die Gruppe Klassenkampf (GKK) ist eine internationalistische kommunistische revolutionäre Organisation.

Internationalistisch: im nationalen Rahmen lassen sich die großen Probleme nicht lösen. Soziale Ungleichheit, Unterdrückung ethnischer oder sexueller Minderheiten, Naturzerstörung, Pandemien sind weltweit, sie müssen auch weltweit bekämpft und gelöst werden.

Revolutionär: In allen Ländern versuchen die Herrschenden, mit zunehmend unterdrückerischen Mitteln ihre Herrschaft gegen die Unterdrückten zu verteidigen. Die Geschichte zeigt: Niemals sind herrschende Klassen freiwillig abgetreten, wenn ihre Zeit abgelaufen war. Mit Pseudodemokratie, aber letzten Endes mit Polizei, Militär und faschistischen Banden versuchen sie heute, ihren Untergang hinauszuzögern. Reformen helfen nicht - auch eine reformierte Unterdrückung bleibt Unterdrückung. Der einzig mögliche Weg ist ein radikaler Umsturz der Gesellschaft, eine Revolution.

Kommunistisch: Weltweit stehen einander zwei große Klassen gegenüber: Arbeiter*innen und Kapitalist*innen. In den in Armut gehaltenen Ländern auch das Heer der armen Bäuerinnen und Bauern, die rechtlos sind. Die Herrschenden kontrollieren die Produktionsmittel, sie besitzen alles, was notwendig ist, um aus denen, die arbeiten müssen, um überleben zu können, unbezahlte Arbeit herauszupressen, die ihr Profit ist. Während einigen Wenigen der Großteil des Reichtums gehört, verhungern Millionen neben ihnen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Produktionsmittel allen gehören, allen der wissenschaftliche Fortschritt zugute kommt, niemand hungert, Medikamente nicht aus Profitgier den Bedürftigen vorenthalten werden.

Wir Werktätigen können die Gesellschaft selbst lenken, durch demokratisch gewählte, rechenschaftspflichtige Komitees (Räte), durch die Arbeiter*innenkontrolle über die Produktion.

Wir sind die Sektion des Kollektivs Permanente Revolution (CoReP), einer internationalen revolutionären Tendenz. Permanente Revolution heißt: Dort, wo die Bourgeoisie den Unterdrückten noch nicht einmal die grundlegenden Freiheiten gewährt hat, wird das Proletariat (die Arbeiter*innen) im Zuge seiner Revolution diese demokratischen Aufgaben miterfüllen.

Komm zum ROTEN TISCH!

Jeden zweiten Dienstag im Monat organisieren wir in der Westbahnstraße 35 im 7. Wiener Gemeindebezirk im kurdischen Lokal ZYPRESSE unseren ROTEN TISCH.

Nächster Termin: 9. Juni, 19.30 Uhr

Der ROTE TISCH ist ein offenes Diskussionsforum, in dem wir mit Interessierten über die aktuelle Lage, die Artikel in unserer Zeitung oder über theoretische Fragen sprechen.

Die Themen findest Du auf unserer Homepage:

www.klassenkampf.net